

Prova B17

Laboratori di scienze e tecnologie meccaniche

Domande a risposta aperta

Quesito 1 - Molti prodotti necessitano di un processo di estrusione per la loro realizzazione. Procedendo per mappe concettuali, dopo aver introdotto i principali prodotti ottenibili per estrusione, si discuta con la classe un'esperienza di laboratorio per la verifica delle proprietà dei principali lubrificanti impiegati nell'estrusione a caldo.

Quesito 2 - Nel disegno tecnico industriale, largamente utilizzato per la progettazione di pezzi di vario genere, sono di grande importanza le tolleranze dimensionali. Spiegare agli alunni cosa si intende per gradi di tolleranze normalizzate e per scostamenti fondamentali e dunque cosa si rappresenta sul piano degli scostamenti.

Quesito 3 - Per verificare la resistenza meccanica di alcuni prodotti finiti si fa largo uso di particolari prove. Si descrivano alla classe i parametri caratteristici per la realizzazione di una prova a trazione su una tipica provetta a sezione circolare, usando la tecnica della flipped classroom.

Quesito 4 - Il disegno tecnico industriale ha subito, nel corso del tempo, notevoli variazioni: dalle "squadrette e matita" si è passati all'utilizzo dei calcolatori. Descrivere l'evoluzione storica dei modellatori CAD, soffermandosi sui sistemi parametrici feature-based.

Quesito 5 - I materiali metallici sono tutt'oggi largamente utilizzati in molti campi. Tuttavia, non è possibile, a volte, utilizzarli così come giungono dall'industria siderurgica. Il candidato esamini i principali trattamenti termici dei materiali metallici.

Quesito 6 - Il candidato illustri, sinteticamente, le seguenti definizioni: «qualifica», «risultati dell'apprendimento», «conoscenze», «abilità», «competenze», facendo riferimento alle Raccomandazioni del Parlamento europeo e del Consiglio (18.12.2006 e 23.04.2008) riguardanti le competenze chiave per l'apprendimento permanente e il Quadro europeo delle qualifiche (EQF).

Domande a risposta multipla - DE

Quesito 7 Domanda A - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Die Jugendlichen und Europa

Die Diskussion über die Zukunft Europas ist eröffnet. Eine Erweiterung in noch nie dagewesenem Ausmaß wird auch neue Perspektiven eröffnen. Das, was in den letzten Jahren in der europäischen Politik geschehen ist, liefert uns eine unmissverständliche Botschaft: Die Union kann nur gemeinsam mit den europäischen Bürgern aufgebaut werden. In die Konsultationen im Hinblick auf die Gestaltung Europas, in die Überlegungen darüber, wie es regiert werden soll, müssen auch jene mit einbezogen werden, die morgen die Zügel in die Hand nehmen sollen. Das Projekt Europa ist jung, in ständiger Weiterentwicklung begriffen und immer Gegenstand von Diskussionen: Um es zum Erfolg führen zu können, brauchen wir Ehrgeiz und Begeisterung, aber auch ein Bekenntnis der Jugend zu den Werten, auf die es sich gründet.

Die Jugendlichen haben klar zum Ausdruck gebracht: sie wollen gehört und als vollwertige Gesprächspartner behandelt werden, sie wollen am Aufbau Europas mitwirken, sie wollen die Debatte über seine Zukunft

beeinflussen. Es ist an der Zeit, die Jugendlichen als Kraft zu sehen, die zum Aufbau Europas beitragen kann, und nicht als Problem, mit dem es umzugehen gilt. Wir müssen ihnen die Möglichkeit und Mittel bieten, ihre Gedanken zu äußern und sie mit denjenigen anderer Akteure der Zivilgesellschaft zu konfrontieren. Bei der Mehrzahl der in diesem Weißbuch vorgeschlagenen Aktionen sind die Mitgliedstaaten und die Regionen Europas gefordert. Auf ihnen liegt die Hauptlast der Umsetzung der Maßnahmen für die Jugend. Auf der lokalen Ebene, auf der die Jugendlichen die durch ihr persönliches Engagement erzielten Ergebnisse konkret beurteilen können, kann eine aktive Staatsbürgerschaft erlernt werden. Durch die Teilnahme am Leben der Schule, des Stadtviertels, der Gemeinde oder eines Vereins sammeln die Jugendlichen Erfahrungen und gewinnen das nötige Selbstvertrauen, um sich jetzt oder später in das öffentliche Leben bis hin zur europäischen Ebene einzubringen. [...]

Aus: Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas , S. 5 (2001)

Die AutorInnen gehen von der These aus, dass ...

- a) ... ein erweitertes Europa eine gemeinsame Regierung braucht.
- b) ... das Projekt Europa abgeschlossen ist und mit der Erweiterung nur noch bestätigt werden muss.
- c) ... die Gestaltung der europäischen Zukunft in den Händen erfahrener Politiker und Politikerinnen liegen muss.
- d) ... die Jugendlichen als die künftigen politischen Akteure in die Gestaltung des Projekts Europa mit einbezogen werden müssen.

Quesito 7 Domanda B - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Die Jugendlichen und Europa

Die Diskussion über die Zukunft Europas ist eröffnet. Eine Erweiterung in noch nie dagewesenem Ausmaß wird auch neue Perspektiven eröffnen. Das, was in den letzten Jahren in der europäischen Politik geschehen ist, liefert uns eine unmissverständliche Botschaft: Die Union kann nur gemeinsam mit den europäischen Bürgern aufgebaut werden. In die Konsultationen im Hinblick auf die Gestaltung Europas, in die Überlegungen darüber, wie es regiert werden soll, müssen auch jene mit einbezogen werden, die morgen die Zügel in die Hand nehmen sollen. Das Projekt Europa ist jung, in ständiger Weiterentwicklung begriffen und immer Gegenstand von Diskussionen: Um es zum Erfolg führen zu können, brauchen wir Ehrgeiz und Begeisterung, aber auch ein Bekenntnis der Jugend zu den Werten, auf die es sich gründet.

Die Jugendlichen haben klar zum Ausdruck gebracht: sie wollen gehört und als vollwertige Gesprächspartner behandelt werden, sie wollen am Aufbau Europas mitwirken, sie wollen die Debatte über seine Zukunft beeinflussen. Es ist an der Zeit, die Jugendlichen als Kraft zu sehen, die zum Aufbau Europas beitragen kann, und nicht als Problem, mit dem es umzugehen gilt. Wir müssen ihnen die Möglichkeit und Mittel bieten, ihre Gedanken zu äußern und sie mit denjenigen anderer Akteure der Zivilgesellschaft zu konfrontieren. Bei der Mehrzahl der in diesem Weißbuch vorgeschlagenen Aktionen sind die Mitgliedstaaten und die Regionen Europas gefordert. Auf ihnen liegt die Hauptlast der Umsetzung der Maßnahmen für die Jugend. Auf der lokalen Ebene, auf der die Jugendlichen die durch ihr persönliches Engagement erzielten Ergebnisse konkret beurteilen können, kann eine aktive Staatsbürgerschaft erlernt werden. Durch die Teilnahme am Leben der Schule, des Stadtviertels, der Gemeinde oder eines Vereins sammeln die Jugendlichen Erfahrungen und gewinnen das nötige Selbstvertrauen, um sich jetzt oder später in das öffentliche Leben bis hin zur europäischen Ebene einzubringen. [...]

Aus: Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas , S. 5 (2001)

Für die AutorInnen ist das Projekt Europa ...

- a) ... mit der Osterweiterung abgeschlossen.
- b) ... ausdiskutiert.
- c) ... ein dynamisches Projekt.
- d) ... durch zahlreiche Rückschläge charakterisiert.

Quesito 7 Domanda C - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Die Jugendlichen und Europa

Die Diskussion über die Zukunft Europas ist eröffnet. Eine Erweiterung in noch nie dagewesenem Ausmaß wird auch neue Perspektiven eröffnen. Das, was in den letzten Jahren in der europäischen Politik geschehen ist, liefert uns eine unmissverständliche Botschaft: Die Union kann nur gemeinsam mit den europäischen Bürgern aufgebaut werden. In die Konsultationen im Hinblick auf die Gestaltung Europas, in die Überlegungen darüber, wie es regiert werden soll, müssen auch jene mit einbezogen werden, die morgen die Zügel in die Hand nehmen sollen. Das Projekt Europa ist jung, in ständiger Weiterentwicklung begriffen und immer Gegenstand von Diskussionen: Um es zum Erfolg führen zu können, brauchen wir Ehrgeiz und Begeisterung, aber auch ein Bekenntnis der Jugend zu den Werten, auf die es sich gründet.

Die Jugendlichen haben klar zum Ausdruck gebracht: sie wollen gehört und als vollwertige Gesprächspartner behandelt werden, sie wollen am Aufbau Europas mitwirken, sie wollen die Debatte über seine Zukunft beeinflussen. Es ist an der Zeit, die Jugendlichen als Kraft zu sehen, die zum Aufbau Europas beitragen kann, und nicht als Problem, mit dem es umzugehen gilt. Wir müssen ihnen die Möglichkeit und Mittel bieten, ihre Gedanken zu äußern und sie mit denjenigen anderer Akteure der Zivilgesellschaft zu konfrontieren.

Bei der Mehrzahl der in diesem Weißbuch vorgeschlagenen Aktionen sind die Mitgliedstaaten und die Regionen Europas gefordert. Auf ihnen liegt die Hauptlast der Umsetzung der Maßnahmen für die Jugend. Auf der lokalen Ebene, auf der die Jugendlichen die durch ihr persönliches Engagement erzielten Ergebnisse konkret beurteilen können, kann eine aktive Staatsbürgerschaft erlernt werden. Durch die Teilnahme am Leben der Schule, des Stadtviertels, der Gemeinde oder eines Vereins sammeln die Jugendlichen Erfahrungen und gewinnen das nötige Selbstvertrauen, um sich jetzt oder später in das öffentliche Leben bis hin zur europäischen Ebene einzubringen. [...]

Aus: Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas , S. 5 (2001)

Aus der Sicht der AutorInnen besteht die Rolle der Jugendlichen für das Projekt Europa darin, ...

- a) ... dass sie die Probleme aufzeigen.
- b) ... dass sie von den politischen Entscheidungsträgern lernen.
- c) ... dass sie sich auf ihre persönlichen Lebensziele konzentrieren.
- d) ... dass sie aktiv an dessen Weiterentwicklung mitwirken.

Quesito 7 Domanda D - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Die Jugendlichen und Europa

Die Diskussion über die Zukunft Europas ist eröffnet. Eine Erweiterung in noch nie dagewesenem Ausmaß wird auch neue Perspektiven eröffnen. Das, was in den letzten Jahren in der europäischen Politik geschehen ist, liefert uns eine unmissverständliche Botschaft: Die Union kann nur gemeinsam mit den europäischen Bürgern aufgebaut werden. In die Konsultationen im Hinblick auf die Gestaltung Europas, in die Überlegungen darüber, wie es regiert werden soll, müssen auch jene mit einbezogen werden, die morgen die Zügel in die Hand nehmen sollen. Das Projekt Europa ist jung, in ständiger Weiterentwicklung begriffen und immer Gegenstand von Diskussionen: Um es zum Erfolg führen zu können, brauchen wir Ehrgeiz und Begeisterung, aber auch ein Bekenntnis der Jugend zu den Werten, auf die es sich gründet.

Die Jugendlichen haben klar zum Ausdruck gebracht: sie wollen gehört und als vollwertige Gesprächspartner behandelt werden, sie wollen am Aufbau Europas mitwirken, sie wollen die Debatte über seine Zukunft beeinflussen. Es ist an der Zeit, die Jugendlichen als Kraft zu sehen, die zum Aufbau Europas beitragen kann, und nicht als Problem, mit dem es umzugehen gilt. Wir müssen ihnen die Möglichkeit und Mittel bieten, ihre Gedanken zu äußern und sie mit denjenigen anderer Akteure der Zivilgesellschaft zu konfrontieren.

Bei der Mehrzahl der in diesem Weißbuch vorgeschlagenen Aktionen sind die Mitgliedstaaten und die Regionen Europas gefordert. Auf ihnen liegt die Hauptlast der Umsetzung der Maßnahmen für die Jugend. Auf der lokalen Ebene, auf der die Jugendlichen die durch ihr persönliches Engagement erzielten Ergebnisse konkret beurteilen können, kann eine aktive Staatsbürgerschaft erlernt werden. Durch die Teilnahme am Leben der Schule, des Stadtviertels, der Gemeinde oder eines Vereins sammeln die Jugendlichen Erfahrungen und gewinnen das nötige Selbstvertrauen, um sich jetzt oder später in das öffentliche Leben bis hin zur europäischen Ebene einzubringen. [...]

Aus: Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas , S. 5 (2001)

Die Aktionen, die das Weißbuch vorschlägt, müssen nach Ansicht der AutorInnen ...

- a) ... von den Jugendlichen selbst vorangetrieben werden.
- b) ... von den Staaten und Regionen Europas unterstützt und durchgeführt werden.
- c) ... von den Regionen überprüft werden.
- d) ... von den europäischen Institutionen realisiert werden.

Quesito 7 Domanda E - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Die Jugendlichen und Europa

Die Diskussion über die Zukunft Europas ist eröffnet. Eine Erweiterung in noch nie dagewesenem Ausmaß wird auch neue Perspektiven eröffnen. Das, was in den letzten Jahren in der europäischen Politik geschehen ist, liefert uns eine unmissverständliche Botschaft: Die Union kann nur gemeinsam mit den europäischen Bürgern aufgebaut werden. In die Konsultationen im Hinblick auf die Gestaltung Europas, in die Überlegungen darüber, wie es regiert werden soll, müssen auch jene mit einbezogen werden, die morgen die Zügel in die Hand nehmen sollen. Das Projekt Europa ist jung, in ständiger Weiterentwicklung begriffen und immer Gegenstand von Diskussionen: Um es zum Erfolg führen zu können, brauchen wir Ehrgeiz und Begeisterung, aber auch ein Bekenntnis der Jugend zu den Werten, auf die es sich gründet.

Die Jugendlichen haben klar zum Ausdruck gebracht: sie wollen gehört und als vollwertige Gesprächspartner behandelt werden, sie wollen am Aufbau Europas mitwirken, sie wollen die Debatte über seine Zukunft beeinflussen. Es ist an der Zeit, die Jugendlichen als Kraft zu sehen, die zum Aufbau Europas beitragen kann, und nicht als Problem, mit dem es umzugehen gilt. Wir müssen ihnen die Möglichkeit und Mittel bieten, ihre Gedanken zu äußern und sie mit denjenigen anderer Akteure der Zivilgesellschaft zu konfrontieren.

Bei der Mehrzahl der in diesem Weißbuch vorgeschlagenen Aktionen sind die Mitgliedstaaten und die Regionen Europas gefordert. Auf ihnen liegt die Hauptlast der Umsetzung der Maßnahmen für die Jugend. Auf der lokalen Ebene, auf der die Jugendlichen die durch ihr persönliches Engagement erzielten Ergebnisse konkret beurteilen

können, kann eine aktive Staatsbürgerschaft erlernt werden. Durch die Teilnahme am Leben der Schule, des Stadtviertels, der Gemeinde oder eines Vereins sammeln die Jugendlichen Erfahrungen und gewinnen das nötige Selbstvertrauen, um sich jetzt oder später in das öffentliche Leben bis hin zur europäischen Ebene einzubringen. [...]

Aus: Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas , S. 5 (2001)

Die AutorInnen schlagen als Maßnahme zum Erwerb einer aktiven Staatsbürgerschaft vor,

- a) ... dass Jugendliche in verschiedenen Bereichen Erfahrungen sammeln und daraus lernen.
- b) ... dass spezielle Praktika für Jugendliche eingerichtet werden.
- c) ... dass Jugendliche Staatsbürgerschaftskurse besuchen müssen.
- d) ... dass sich Jugendliche im Selbststudium politisch ausbilden.

Quesito 8 Domanda A - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Voraussetzungen für Partizipation

Die Errichtung eines rechtlichen Rahmens ist für die Jugendlichen eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung einer echten Partizipation. Dieser Rahmen müsste eine Unterstützung von Partizipationsstrukturen vorsehen und die Grundsätze einer Erziehung zur Demokratie beschreiben. Die Jugendorganisationen verlangen auch die Förderung aller Formen der Partizipation, seien es nun herkömmliche oder neuartige. Dies setze die Anerkennung und die Unterstützung von bestehenden und neuen Strukturen voraus. Notwendig seien ein größerer Aufwand an Zeit und Geld, die Berücksichtigung besonderer Zugangsschwierigkeiten sowie eine staatsbürgerliche Erziehung für alle. Darüber hinaus verlangen sie, dass sich die Ansichten und Beiträge der Jugendlichen in Entscheidungen niederschlagen und dass diese darüber informiert werden.

In diesem Zusammenhang könnten ihrer Ansicht nach Fragen des Alters, mit dem eine Person das aktive und passive Wahlrecht erhält (einschließlich der Frage der Senkung dieser Altersgrenzen), die Ausdehnung dieses Rechts (z.B. auf Einwanderer) oder die Einführung von Maßnahmen zur Förderung aktiver Staatsbürgerschaft behandelt werden.

Eine andere, oft genannte Voraussetzung ist die Notwendigkeit, über geeignete Informationen zu verfügen. Seit Jahren unternehmen verschiedenste Organisationen erhebliche Anstrengungen, um die Qualität der für Jugendliche bestimmten Informationen zu verbessern. Die jungen Menschen scheinen jedoch nicht allzu viel mit diesen Informationen anfangen zu können. Sie klagen insgesamt nicht nur über zu wenig Informationen, sondern vor allem auch über deren mangelnden Nutzen. Die Jugendlichen verlangen konkrete Informationen, die ihren momentanen Bedürfnissen entsprechen. Diese Informationen müssen darüber hinaus vorurteilsfrei sein und dürfen keinerlei diskriminierende Haltung gegenüber Jugendlichen oder Minderheiten erkennen lassen. Das Internet ist ein Kommunikationsmittel, das weiterentwickelt werden sollte, vorausgesetzt, der Zugang dazu ist einfach und billig. Die Jugendorganisationen betonen auch die Notwendigkeit einer gezielteren, weniger zentralisierten und strategisch besser ausgerichteten Information.

Auch für die Forscher sind die Errichtung eines rechtlichen Rahmens, die Erziehung zum Staatsbürger und das Suchen eines Dialogs, bei dem von der Erfahrung der Jugendlichen ausgegangen wird, unabdingbare Voraussetzungen für die Partizipation.

Aus: Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas , S. 30f. (2001)

Für die Ausarbeitung der „Voraussetzungen für Partizipation“ wurden die Aussagen welcher Gruppen herangezogen?

- a) ... Die AutorInnen des Weissbuchs interessieren sich nur wenig für die Aussagen der Jugendlichen.
- b) ... Forschungsergebnisse sind hauptsächliche Grundlagen für die „Voraussetzungen für Partizipation“.
- c) ... Die AutorInnen des Weissbuchs konzentrieren sich auf die Feststellungen der Jugendorganisationen.
- d) ... Die AutorInnen des Weissbuchs stützen sich auf die Aussagen von Jugendlichen, Jugendorganisationen und auf Stellungnahmen von Forschenden.

Quesito 8 Domanda B - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Voraussetzungen für Partizipation

Die Errichtung eines rechtlichen Rahmens ist für die Jugendlichen eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung einer echten Partizipation. Dieser Rahmen müsste eine Unterstützung von Partizipationsstrukturen vorsehen und die Grundsätze einer Erziehung zur Demokratie beschreiben. Die Jugendorganisationen verlangen auch die Förderung aller Formen der Partizipation, seien es nun herkömmliche oder neuartige. Dies setze die Anerkennung und die Unterstützung von bestehenden und neuen Strukturen voraus. Notwendig seien ein größerer Aufwand an Zeit und Geld, die Berücksichtigung besonderer Zugangsschwierigkeiten sowie eine staatsbürgerliche Erziehung für alle. Darüber hinaus verlangen sie, dass sich die Ansichten und Beiträge der Jugendlichen in Entscheidungen niederschlagen und dass diese darüber informiert werden.

In diesem Zusammenhang könnten ihrer Ansicht nach Fragen des Alters, mit dem eine Person das aktive und passive Wahlrecht erhält (einschließlich der Frage der Senkung dieser Altersgrenzen), die Ausdehnung dieses Rechts (z.B. auf Einwanderer) oder die Einführung von Maßnahmen zur Förderung aktiver Staatsbürgerschaft behandelt werden.

Eine andere, oft genannte Voraussetzung ist die Notwendigkeit, über geeignete Informationen zu verfügen. Seit Jahren unternehmen verschiedenste Organisationen erhebliche Anstrengungen, um die Qualität der für Jugendliche bestimmten Informationen zu verbessern. Die jungen Menschen scheinen jedoch nicht allzu viel mit diesen Informationen anfangen zu können. Sie klagen insgesamt nicht nur über zu wenig Informationen, sondern vor allem auch über deren mangelnden Nutzen. Die Jugendlichen verlangen konkrete Informationen, die ihren momentanen Bedürfnissen entsprechen. Diese Informationen müssen darüber hinaus vorurteilsfrei sein und dürfen keinerlei diskriminierende Haltung gegenüber Jugendlichen oder Minderheiten erkennen lassen. Das Internet ist ein Kommunikationsmittel, das weiterentwickelt werden sollte, vorausgesetzt, der Zugang dazu ist einfach und billig. Die Jugendorganisationen betonen auch die Notwendigkeit einer gezielteren, weniger zentralisierten und strategisch besser ausgerichteten Information.

Auch für die Forscher sind die Errichtung eines rechtlichen Rahmens, die Erziehung zum Staatsbürger und das Suchen eines Dialogs, bei dem von der Erfahrung der Jugendlichen ausgegangen wird, unabdingbare Voraussetzungen für die Partizipation.

Aus: Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas , S. 30f. (2001)

Ein wichtiges Bedürfnis der befragten Gruppen ...

- a) ... besteht in der Forderung nach dem Schutz junger Familien.
- b) ... besteht im Schutz der bestehenden Strukturen, ohne diesen Neues hinzuzufügen.
- c) ... besteht in der Forderung nach einem rechtlichen Rahmen als Grundlage für die Entwicklung echter Partizipation.

- d) ... besteht in der Forderung von Öffentlichkeitsarbeit.

Quesito 8 Domanda C - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Voraussetzungen für Partizipation

Die Errichtung eines rechtlichen Rahmens ist für die Jugendlichen eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung einer echten Partizipation. Dieser Rahmen müsste eine Unterstützung von Partizipationsstrukturen vorsehen und die Grundsätze einer Erziehung zur Demokratie beschreiben. Die Jugendorganisationen verlangen auch die Förderung aller Formen der Partizipation, seien es nun herkömmliche oder neuartige. Dies setze die Anerkennung und die Unterstützung von bestehenden und neuen Strukturen voraus. Notwendig seien ein größerer Aufwand an Zeit und Geld, die Berücksichtigung besonderer Zugangsschwierigkeiten sowie eine staatsbürgerliche Erziehung für alle. Darüber hinaus verlangen sie, dass sich die Ansichten und Beiträge der Jugendlichen in Entscheidungen niederschlagen und dass diese darüber informiert werden.

In diesem Zusammenhang könnten ihrer Ansicht nach Fragen des Alters, mit dem eine Person das aktive und passive Wahlrecht erhält (einschließlich der Frage der Senkung dieser Altersgrenzen), die Ausdehnung dieses Rechts (z.B. auf Einwanderer) oder die Einführung von Maßnahmen zur Förderung aktiver Staatsbürgerschaft behandelt werden.

Eine andere, oft genannte Voraussetzung ist die Notwendigkeit, über geeignete Informationen zu verfügen. Seit Jahren unternehmen verschiedenste Organisationen erhebliche Anstrengungen, um die Qualität der für Jugendliche bestimmten Informationen zu verbessern. Die jungen Menschen scheinen jedoch nicht allzu viel mit diesen Informationen anfangen zu können. Sie klagen insgesamt nicht nur über zu wenig Informationen, sondern vor allem auch über deren mangelnden Nutzen. Die Jugendlichen verlangen konkrete Informationen, die ihren momentanen Bedürfnissen entsprechen. Diese Informationen müssen darüber hinaus vorurteilsfrei sein und dürfen keinerlei diskriminierende Haltung gegenüber Jugendlichen oder Minderheiten erkennen lassen. Das Internet ist ein Kommunikationsmittel, das weiterentwickelt werden sollte, vorausgesetzt, der Zugang dazu ist einfach und billig. Die Jugendorganisationen betonen auch die Notwendigkeit einer gezielteren, weniger zentralisierten und strategisch besser ausgerichteten Information.

Auch für die Forscher sind die Errichtung eines rechtlichen Rahmens, die Erziehung zum Staatsbürger und das Suchen eines Dialogs, bei dem von der Erfahrung der Jugendlichen ausgegangen wird, unabdingbare Voraussetzungen für die Partizipation.

Aus: Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas , S. 30f. (2001)

Als mögliche konkrete Maßnahmen zur Förderung der Partizipation von Jugendlichen am politischen Geschehen werden genannt:

- a) ... die Einführung einer Staatsbürgerschaftsprüfung.
- b) ... Vorträge von bedeutenden PolitikerInnen.
- c) ... die obligatorische Mitgliedschaft in einer Jugendorganisation.
- d) ... eine Neufestlegung des Mindestalters für das aktive und passive Wahlrecht.

Quesito 8 Domanda D - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Voraussetzungen für Partizipation

Die Errichtung eines rechtlichen Rahmens ist für die Jugendlichen eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung einer echten Partizipation. Dieser Rahmen müsste eine Unterstützung von Partizipationsstrukturen vorsehen und die Grundsätze einer Erziehung zur Demokratie beschreiben. Die Jugendorganisationen verlangen auch die Förderung aller Formen der Partizipation, seien es nun herkömmliche oder neuartige. Dies setze die Anerkennung und die Unterstützung von bestehenden und neuen Strukturen voraus. Notwendig seien ein größerer Aufwand an Zeit und Geld, die Berücksichtigung besonderer Zugangsschwierigkeiten sowie eine staatsbürgerliche Erziehung für alle. Darüber hinaus verlangen sie, dass sich die Ansichten und Beiträge der Jugendlichen in Entscheidungen niederschlagen und dass diese darüber informiert werden.

In diesem Zusammenhang könnten ihrer Ansicht nach Fragen des Alters, mit dem eine Person das aktive und passive Wahlrecht erhält (einschließlich der Frage der Senkung dieser Altersgrenzen), die Ausdehnung dieses Rechts (z.B. auf Einwanderer) oder die Einführung von Maßnahmen zur Förderung aktiver Staatsbürgerschaft behandelt werden.

Eine andere, oft genannte Voraussetzung ist die Notwendigkeit, über geeignete Informationen zu verfügen. Seit Jahren unternehmen verschiedenste Organisationen erhebliche Anstrengungen, um die Qualität der für Jugendliche bestimmten Informationen zu verbessern. Die jungen Menschen scheinen jedoch nicht allzu viel mit diesen Informationen anfangen zu können. Sie klagen insgesamt nicht nur über zu wenig Informationen, sondern vor allem auch über deren mangelnden Nutzen. Die Jugendlichen verlangen konkrete Informationen, die ihren momentanen Bedürfnissen entsprechen. Diese Informationen müssen darüber hinaus vorurteilsfrei sein und dürfen keinerlei diskriminierende Haltung gegenüber Jugendlichen oder Minderheiten erkennen lassen. Das Internet ist ein Kommunikationsmittel, das weiterentwickelt werden sollte, vorausgesetzt, der Zugang dazu ist einfach und billig. Die Jugendorganisationen betonen auch die Notwendigkeit einer gezielteren, weniger zentralisierten und strategisch besser ausgerichteten Information.

Auch für die Forscher sind die Errichtung eines rechtlichen Rahmens, die Erziehung zum Staatsbürger und das Suchen eines Dialogs, bei dem von der Erfahrung der Jugendlichen ausgegangen wird, unabdingbare Voraussetzungen für die Partizipation.

Aus: Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas , S. 30f. (2001)

Inwiefern stellen Informationen für Jugendliche ein Problem dar?

- a) ... Für Jugendliche sind Informationen überhaupt kein Problem.
- b) ... Die jungen Menschen sehen keinen Nutzen in den wenigen Informationen, die ihnen zur Verfügung stehen.
- c) ... Jugendliche von heute können nur noch über soziale Netzwerke kommunizieren.
- d) ... Jugendliche saugen sich gerne mit Informationen voll.

Quesito 8 Domanda E - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Voraussetzungen für Partizipation

Die Errichtung eines rechtlichen Rahmens ist für die Jugendlichen eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung einer echten Partizipation. Dieser Rahmen müsste eine Unterstützung von Partizipationsstrukturen vorsehen und die Grundsätze einer Erziehung zur Demokratie beschreiben. Die Jugendorganisationen verlangen auch die Förderung aller Formen der Partizipation, seien es nun herkömmliche oder neuartige. Dies setze die Anerkennung und die Unterstützung von bestehenden und neuen Strukturen voraus. Notwendig seien ein größerer Aufwand an Zeit und Geld, die Berücksichtigung besonderer Zugangsschwierigkeiten sowie eine staatsbürgerliche Erziehung für alle. Darüber hinaus verlangen sie, dass sich die Ansichten und Beiträge der Jugendlichen in Entscheidungen niederschlagen und dass diese darüber informiert werden.

In diesem Zusammenhang könnten ihrer Ansicht nach Fragen des Alters, mit dem eine Person das aktive und

passive Wahlrecht erhält (einschließlich der Frage der Senkung dieser Altersgrenzen), die Ausdehnung dieses Rechts (z.B. auf Einwanderer) oder die Einführung von Maßnahmen zur Förderung aktiver Staatsbürgerschaft behandelt werden.

Eine andere, oft genannte Voraussetzung ist die Notwendigkeit, über geeignete Informationen zu verfügen. Seit Jahren unternehmen verschiedenste Organisationen erhebliche Anstrengungen, um die Qualität der für Jugendliche bestimmten Informationen zu verbessern. Die jungen Menschen scheinen jedoch nicht allzu viel mit diesen Informationen anfangen zu können. Sie klagen insgesamt nicht nur über zu wenig Informationen, sondern vor allem auch über deren mangelnden Nutzen. Die Jugendlichen verlangen konkrete Informationen, die ihren momentanen Bedürfnissen entsprechen. Diese Informationen müssen darüber hinaus vorurteilsfrei sein und dürfen keinerlei diskriminierende Haltung gegenüber Jugendlichen oder Minderheiten erkennen lassen. Das Internet ist ein Kommunikationsmittel, das weiterentwickelt werden sollte, vorausgesetzt, der Zugang dazu ist einfach und billig. Die Jugendorganisationen betonen auch die Notwendigkeit einer gezielteren, weniger zentralisierten und strategisch besser ausgerichteten Information.

Auch für die Forscher sind die Errichtung eines rechtlichen Rahmens, die Erziehung zum Staatsbürger und das Suchen eines Dialogs, bei dem von der Erfahrung der Jugendlichen ausgegangen wird, unabdingbare Voraussetzungen für die Partizipation.

Aus: Weißbuch der Europäischen Kommission. Neuer Schwung für die Jugend Europas , S. 30f. (2001)

Welche Art von Informationen empfehlen die Jugendorganisationen?

- a) ... Die Jugendorganisationen bevorzugen eine zentral gesteuerte Informationspolitik für die Jugendlichen.
- b) ... Aus Sicht der Jugendorganisationen benötigen junge Menschen Informationen, die gezielter auf ihre Bedürfnisse eingehen.
- c) ... Aus Sicht der Jugendorganisationen sind alle Informationen für junge Menschen geeignet, um sie zu politischer Partizipation zu führen.
- d) ... Für die Jugendorganisationen ist es eigentlich egal, welche Informationen man Jugendlichen gibt.

Domande a risposta multipla - EN

Quesito 7 Domanda A - -Choose the answer which fits best according to the text.

Why Can't American Samoans Acquire U.S. Citizenship at Birth?

American Samoa, a group of islands southwest of Hawaii, also known as an "unincorporated U.S. territory," or an "overseas possession," remains the only place in the United States where U.S. citizenship is not granted at birth. American Samoans can claim birthright citizenship only if they have a parent who was a citizen; otherwise, they have to go through the same naturalization process as non-Americans.

The reasons for this date back to a series of bizarre and racist court decisions from the early 20th century. In those cases, the Supreme Court distinguished between "incorporated territories"—those destined for eventual statehood, such as Arizona and New Mexico—and the "unincorporated territories," like Puerto Rico, which had recently been acquired in the Spanish American War (1898-1901). The judges at that time thought they saw clear dangers in granting U.S. citizenship to "uncivilized races."

Birthright citizenship has since been extended to those "unincorporated territories," but Samoa remains anachronistically classified as an "overseas possession," and its inhabitants are classified as "U.S. Nationals," and therefore not citizens (as long as they have not become naturalized citizens). Some Samoans have filed lawsuits against the American government, arguing that that such a distinction violates the citizenship clause of the 14th amendment, which states that anyone born "in" the United States, and is subject to its jurisdiction, is a citizen. Recently, however, the U.S. Court of Appeals ruled against them. It argued that the 14th amendment does not apply to "overseas possessions," leaving in place, therefore, a bizarre vestige of U.S. colonialism.

Interestingly, the government of American Samoa has not supported such lawsuits. It argued that U.S. citizenship threatens Samoa's cultural autonomy, in particular a communal land system, fa'a Samoa. Under this policy, communally owned land can only be sold to someone with at least 50 percent Samoan ancestry.

See: http://www.slate.com/blogs/the_slatest/2015/06/05/american_samoa_the_only_place_in_the_u_s_where_citizenship_isn_t_granted.html

An American Samoan can have citizenship at birth

- a) if his or her mother or father are American citizens.
- b) if a close relative is an American citizen.
- c) if his or her grandparents are or were American citizens.
- d) if both his or her father and mother are American citizens.

Quesito 7 Domanda B - -Choose the answer which fits best according to the text.

Why Can't American Samoans Acquire U.S. Citizenship at Birth?

American Samoa, a group of islands southwest of Hawaii, also known as an "unincorporated U.S. territory," or an "overseas possession," remains the only place in the United States where U.S. citizenship is not granted at birth. American Samoans can claim birthright citizenship only if they have a parent who was a citizen; otherwise, they have to go through the same naturalization process as non-Americans.

The reasons for this date back to a series of bizarre and racist court decisions from the early 20th century. In those cases, the Supreme Court distinguished between "incorporated territories"—those destined for eventual statehood, such as Arizona and New Mexico—and the "unincorporated territories," like Puerto Rico, which had recently been acquired in the Spanish American War (1898-1901). The judges at that time thought they saw clear dangers in granting U.S. citizenship to "uncivilized races."

Birthright citizenship has since been extended to those "unincorporated territories," but Samoa remains anachronistically classified as an "overseas possession," and its inhabitants are classified as "U.S. Nationals," and therefore not citizens (as long as they have not become naturalized citizens). Some Samoans have filed lawsuits against the American government, arguing that that such a distinction violates the citizenship clause of the 14th amendment, which states that anyone born "in" the United States, and is subject to its jurisdiction, is a citizen. Recently, however, the U.S. Court of Appeals ruled against them. It argued that the 14th amendment does not apply to "overseas possessions," leaving in place, therefore, a bizarre vestige of U.S. colonialism. Interestingly, the government of American Samoa has not supported such lawsuits. It argued that U.S. citizenship threatens Samoa's cultural autonomy, in particular a communal land system, fa'a Samoa. Under this policy, communally owned land can only be sold to someone with at least 50 percent Samoan ancestry.

See: http://www.slate.com/blogs/the_slatest/2015/06/05/american_samoa_the_only_place_in_the_u_s_where_citizenship_isn_t_granted.html

The people of the U.S. "unincorporated territories" were not given immediate citizenship status because

- a) they were still at war with America.
- b) there were no corporations established in the territory.
- c) they were considered to be Spanish.
- d) they were thought to be uncivilized.

Quesito 7 Domanda C - -Choose the answer which fits best according to the text.

Why Can't American Samoans Acquire U.S. Citizenship at Birth?

American Samoa, a group of islands southwest of Hawaii, also known as an "unincorporated U.S. territory," or an "overseas possession," remains the only place in the United States where U.S. citizenship is not granted at birth. American Samoans can claim birthright citizenship only if they have a parent who was a citizen; otherwise, they have to go through the same naturalization process as non-Americans.

The reasons for this date back to a series of bizarre and racist court decisions from the early 20th century. In those cases, the Supreme Court distinguished between "incorporated territories"—those destined for eventual statehood, such as Arizona and New Mexico—and the "unincorporated territories," like Puerto Rico, which had recently been acquired in the Spanish American War (1898-1901). The judges at that time thought they saw clear dangers in granting U.S. citizenship to "uncivilized races."

Birthright citizenship has since been extended to those "unincorporated territories," but Samoa remains anachronistically classified as an "overseas possession," and its inhabitants are classified as "U.S. Nationals," and therefore not citizens (as long as they have not become naturalized citizens). Some Samoans have filed lawsuits against the American government, arguing that that such a distinction violates the citizenship clause of the 14th amendment, which states that anyone born "in" the United States, and is subject to its jurisdiction, is a citizen. Recently, however, the U.S. Court of Appeals ruled against them. It argued that the 14th amendment does not apply to "overseas possessions," leaving in place, therefore, a bizarre vestige of U.S. colonialism. Interestingly, the government of American Samoa has not supported such lawsuits. It argued that U.S. citizenship threatens Samoa's cultural autonomy, in particular a communal land system, fa'a Samoa. Under this policy, communally owned land can only be sold to someone with at least 50 percent Samoan ancestry.

See: http://www.slate.com/blogs/the_slateist/2015/06/05/american_samoa_the_only_place_in_the_u_s_where_citizenship_isn_t_granted.html

We can assume that, if you are from an American "overseas possession",

- a) you are not protected by the 14th amendment.
- b) you cannot have naturalized citizenship.
- c) it is the same as an "incorporated territory."
- d) you will have automatic citizenship.

Quesito 7 Domanda D - -Choose the answer which fits best according to the text.

Why Can't American Samoans Acquire U.S. Citizenship at Birth?

American Samoa, a group of islands southwest of Hawaii, also known as an "unincorporated U.S. territory," or an "overseas possession," remains the only place in the United States where U.S. citizenship is not granted at birth. American Samoans can claim birthright citizenship only if they have a parent who was a citizen; otherwise, they have to go through the same naturalization process as non-Americans.

The reasons for this date back to a series of bizarre and racist court decisions from the early 20th century. In those cases, the Supreme Court distinguished between "incorporated territories"—those destined for eventual statehood, such as Arizona and New Mexico—and the "unincorporated territories," like Puerto Rico, which had recently been acquired in the Spanish American War (1898-1901). The judges at that time thought they saw clear dangers in granting U.S. citizenship to "uncivilized races."

Birthright citizenship has since been extended to those "unincorporated territories," but Samoa remains anachronistically classified as an "overseas possession," and its inhabitants are classified as "U.S. Nationals," and therefore not citizens (as long as they have not become naturalized citizens). Some Samoans have filed lawsuits against the American government, arguing that that such a distinction violates the citizenship clause of the 14th amendment, which states that anyone born "in" the United States, and is subject to its jurisdiction, is a

citizen. Recently, however, the U.S. Court of Appeals ruled against them. It argued that the 14th amendment does not apply to "overseas possessions," leaving in place, therefore, a bizarre vestige of U.S. colonialism. Interestingly, the government of American Samoa has not supported such lawsuits. It argued that U.S. citizenship threatens Samoa's cultural autonomy, in particular a communal land system, fa'a Samoa. Under this policy, communally owned land can only be sold to someone with at least 50 percent Samoan ancestry.

See: http://www.slate.com/blogs/the_slatest/2015/06/05/american_samoa_the_only_place_in_the_u_s_where_citizenship_isn_t_granted.html

Which of the following is NOT a reason why the author thinks that the American Samoan situation is a vestige of colonialism?

- a) The long-time inhabitants of a U.S. controlled territory must follow the same procedure as non-Americans to get citizenship.
- b) The status of American Samoa is the same as when the inhabitants were considered uncivilized.
- c) The Samoans own land collectively.
- d) There are two different and unequal categories for people who live in different parts of the "same" territory.

Quesito 7 Domanda E - -Choose the answer which fits best according to the text.

Why Can't American Samoans Acquire U.S. Citizenship at Birth?

American Samoa, a group of islands southwest of Hawaii, also known as an "unincorporated U.S. territory," or an "overseas possession," remains the only place in the United States where U.S. citizenship is not granted at birth. American Samoans can claim birthright citizenship only if they have a parent who was a citizen; otherwise, they have to go through the same naturalization process as non-Americans.

The reasons for this date back to a series of bizarre and racist court decisions from the early 20th century. In those cases, the Supreme Court distinguished between "incorporated territories"—those destined for eventual statehood, such as Arizona and New Mexico—and the "unincorporated territories," like Puerto Rico, which had recently been acquired in the Spanish American War (1898-1901). The judges at that time thought they saw clear dangers in granting U.S. citizenship to "uncivilized races."

Birthright citizenship has since been extended to those "unincorporated territories," but Samoa remains anachronistically classified as an "overseas possession," and its inhabitants are classified as "U.S. Nationals," and therefore not citizens (as long as they have not become naturalized citizens). Some Samoans have filed lawsuits against the American government, arguing that that such a distinction violates the citizenship clause of the 14th amendment, which states that anyone born "in" the United States, and is subject to its jurisdiction, is a citizen. Recently, however, the U.S. Court of Appeals ruled against them. It argued that the 14th amendment does not apply to "overseas possessions," leaving in place, therefore, a bizarre vestige of U.S. colonialism. Interestingly, the government of American Samoa has not supported such lawsuits. It argued that U.S. citizenship threatens Samoa's cultural autonomy, in particular a communal land system, fa'a Samoa. Under this policy, communally owned land can only be sold to someone with at least 50 percent Samoan ancestry.

See: http://www.slate.com/blogs/the_slatest/2015/06/05/american_samoa_the_only_place_in_the_u_s_where_citizenship_isn_t_granted.html

In American Samoa, if you are part owner of communally owned land,

- a) you can only sell 50% of what you own to whomever you want.
- b) you can only sell it to someone with at least fifty-percent Samoan ancestry.
- c) you can only sell it to someone with Samoan ancestry.

- d) you must consult the Samoan government first.

Quesito 8 Domanda A - -Choose the answer which fits best according to the text.

The Concept of Citizenship in England

Citizenship is a concept whereby a citizen is an individual who is fully recognised by a state as being a member of that state. Citizenship, which is a legal concept, grants individuals who have some sort of legal status within a state, certain rights, and they are expected to perform certain duties.

The balance between these rights and duties varies from state to state and from time to time. For example, in times of war, the duties expected by your state may far outweigh the rights and liberties received at the same time; though when peace returns, the situation may be reversed. This was true during the Second World War from 1939 to 1945 and during the Cold War in the 1950s when many Britons were obligated to serve for their nation.

The exact balance between rights, liberties and duties is always changing, but citizenship implies that everybody has access to the same rights and is protected by the same laws. Most people living in the UK have certain rights, as the majority are British citizens. They have the right to vote in elections if they are over the age of eighteen, the right to free education from the ages of five to sixteen, and the right to freedom of speech – so long as they do not break the laws of libel or slander. People living in the UK are subjects as well as citizens. They were subject to the monarchy up until the execution of Charles I in 1649, but the drive for equal rights put an end to the belief that monarchs had absolute power, and from then on, citizens' rights became more obvious and UK citizens were made subject to the law of the land rather than to monarchical power.

See: <https://www.ids.ac.uk/files/dmfile/Db19.pdf>

To be a citizen assumes that you are:

- a) a subject fully recognized by the crown of that state.
- b) an individual fully recognized by a state as belonging to that state.
- c) an individual who recognizes the state as the state.
- d) a subject who acknowledges the power of the state.

Quesito 8 Domanda B - -Choose the answer which fits best according to the text.

The Concept of Citizenship in England

Citizenship is a concept whereby a citizen is an individual who is fully recognised by a state as being a member of that state. Citizenship, which is a legal concept, grants individuals who have some sort of legal status within a state, certain rights, and they are expected to perform certain duties.

The balance between these rights and duties varies from state to state and from time to time. For example, in times of war, the duties expected by your state may far outweigh the rights and liberties received at the same time; though when peace returns, the situation may be reversed. This was true during the Second World War from 1939 to 1945 and during the Cold War in the 1950s when many Britons were obligated to serve for their nation.

The exact balance between rights, liberties and duties is always changing, but citizenship implies that everybody has access to the same rights and is protected by the same laws. Most people living in the UK have certain rights, as the majority are British citizens. They have the right to vote in elections if they are over the age of eighteen, the right to free education from the ages of five to sixteen, and the right to freedom of speech – so long as they do not break the laws of libel or slander. People living in the UK are subjects as well as citizens. They were subject to the monarchy up until the execution of Charles I in 1649, but the drive for equal rights put an end to the belief that monarchs had absolute power, and from then on, citizens' rights became more obvious and UK citizens were made subject to the law of the land rather than to monarchical power.

See: <https://www.ids.ac.uk/files/dmfile/Db19.pdf>

While being a citizen gives you certain rights, it also means

- a) that rights have precedence over duties.
- b) that one of your duties is to speak freely.
- c) that you have the right to choose which duties you want to perform.
- d) that you may be obliged to fight and perhaps die because of your citizenship.

Quesito 8 Domanda C - -Choose the answer which fits best according to the text.

The Concept of Citizenship in England

Citizenship is a concept whereby a citizen is an individual who is fully recognised by a state as being a member of that state. Citizenship, which is a legal concept, grants individuals who have some sort of legal status within a state, certain rights, and they are expected to perform certain duties.

The balance between these rights and duties varies from state to state and from time to time. For example, in times of war, the duties expected by your state may far outweigh the rights and liberties received at the same time; though when peace returns, the situation may be reversed. This was true during the Second World War from 1939 to 1945 and during the Cold War in the 1950s when many Britons were obligated to serve for their nation.

The exact balance between rights, liberties and duties is always changing, but citizenship implies that everybody has access to the same rights and is protected by the same laws. Most people living in the UK have certain rights, as the majority are British citizens. They have the right to vote in elections if they are over the age of eighteen, the right to free education from the ages of five to sixteen, and the right to freedom of speech – so long as they do not break the laws of libel or slander. People living in the UK are subjects as well as citizens. They were subject to the monarchy up until the execution of Charles I in 1649, but the drive for equal rights put an end to the belief that monarchs had absolute power, and from then on, citizens' rights became more obvious and UK citizens were made subject to the law of the land rather than to monarchical power.

See: <https://www.ids.ac.uk/files/dmfile/Db19.pdf>

During war time, citizens are often expected to

- a) accept fewer rights, and more duties.
- b) express their rights freely.
- c) accept without question all rights and duties proposed by the state.
- d) give up all rights in the name of the state.

Quesito 8 Domanda D - -Choose the answer which fits best according to the text.

The Concept of Citizenship in England

Citizenship is a concept whereby a citizen is an individual who is fully recognised by a state as being a member of that state. Citizenship, which is a legal concept, grants individuals who have some sort of legal status within a state, certain rights, and they are expected to perform certain duties.

The balance between these rights and duties varies from state to state and from time to time. For example, in times of war, the duties expected by your state may far outweigh the rights and liberties received at the same time; though when peace returns, the situation may be reversed. This was true during the Second World War

from 1939 to 1945 and during the Cold War in the 1950s when many Britons were obligated to serve for their nation.

The exact balance between rights, liberties and duties is always changing, but citizenship implies that everybody has access to the same rights and is protected by the same laws. Most people living in the UK have certain rights, as the majority are British citizens. They have the right to vote in elections if they are over the age of eighteen, the right to free education from the ages of five to sixteen, and the right to freedom of speech – so long as they do not break the laws of libel or slander. People living in the UK are subjects as well as citizens. They were subject to the monarchy up until the execution of Charles I in 1649, but the drive for equal rights put an end to the belief that monarchs had absolute power, and from then on, citizens' rights became more obvious and UK citizens were made subject to the law of the land rather than to monarchical power.

See: <https://www.ids.ac.uk/files/dmfile/Db19.pdf>

What was it that led people to want to become citizens and not subjects?

- a) The beheading of King Charles I.
- b) The belief in the monarchy.
- c) The push for equal rights.
- d) The belief that people had certain duties.

Quesito 8 Domanda E - -Choose the answer which fits best according to the text.

The Concept of Citizenship in England

Citizenship is a concept whereby a citizen is an individual who is fully recognised by a state as being a member of that state. Citizenship, which is a legal concept, grants individuals who have some sort of legal status within a state, certain rights, and they are expected to perform certain duties.

The balance between these rights and duties varies from state to state and from time to time. For example, in times of war, the duties expected by your state may far outweigh the rights and liberties received at the same time; though when peace returns, the situation may be reversed. This was true during the Second World War from 1939 to 1945 and during the Cold War in the 1950s when many Britons were obligated to serve for their nation.

The exact balance between rights, liberties and duties is always changing, but citizenship implies that everybody has access to the same rights and is protected by the same laws. Most people living in the UK have certain rights, as the majority are British citizens. They have the right to vote in elections if they are over the age of eighteen, the right to free education from the ages of five to sixteen, and the right to freedom of speech – so long as they do not break the laws of libel or slander. People living in the UK are subjects as well as citizens. They were subject to the monarchy up until the execution of Charles I in 1649, but the drive for equal rights put an end to the belief that monarchs had absolute power, and from then on, citizens' rights became more obvious and UK citizens were made subject to the law of the land rather than to monarchical power.

See: <https://www.ids.ac.uk/files/dmfile/Db19.pdf>

The author suggests that to be a subject is negative unless you are

- a) subject to the law of the land.
- b) subjected to the Monarchy.
- c) subject of the British Monarchy.
- d) a subject to citizenship.

Domande a risposta multipla - ES

Quesito 7 Domanda A - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

El currículo de educación para la ciudadanía

Este currículo se establece en términos de los objetivos que se deben alcanzar, los conocimientos y contenidos que hay que adquirir y las habilidades que dominar. Existen diferentes enfoques para enseñar educación para la ciudadanía, pero sea cual sea el que se utilice, los currículos de todos los países europeos registran cuatro categorías principales de objetivos:

- Desarrollar la cultura política (conocimiento de los hechos fundamentales y comprensión de los conceptos clave): Incluye aprendizajes relacionados con temas como las instituciones sociales, políticas y civiles; derechos y responsabilidades de los ciudadanos; las constituciones de los países, cuestiones sociales, reconocimiento de la herencia cultural e histórica, así como la diversidad cultural y lingüística de la sociedad.
 - Adquirir un pensamiento crítico y la capacidad de análisis: complementa el primero ya que el pensamiento crítico es crucial para desarrollar la cultura política. Permite que los jóvenes analicen y evalúen la información sobre los temas sociales y políticos.
 - Desarrollar ciertos valores, actitudes y conductas (sentido del respeto, tolerancia y solidaridad). Se relaciona con los valores, actitudes y conductas que los alumnos deben adquirir a través de la educación para la ciudadanía en los centros. Aunque no se trata de una lista exhaustiva, este objetivo puede incluir, por ejemplo, aprender sobre el respeto y el entendimiento mutuos, sobre las responsabilidades sociales y morales y el desarrollo del espíritu de solidaridad con los demás.
 - Promover la participación activa y la implicación tanto con el centro como con la sociedad. Supone la participación activa de los alumnos en su comunidad, les permite poner en práctica los conocimientos y destrezas adquiridos a través de aprendizajes realizados en relación con los tres primeros objetivos
- El principal objetivo no es informar, sino utilizar la información para ayudar a los alumnos a entender y fomentar su capacidad de participación.

(Adaptado de http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice./documents/thematic_reports/139ES.pdf)

En el texto se afirma que

- a) los currículos de la mayor parte de los países europeos presentan cuatro categorías de objetivos
- b) el currículo establece una jerarquía entre los objetivos, los conocimientos y las habilidades
- c) independientemente del enfoque adoptado el currículo es el mismo en los países europeos
- d) todos los países europeos crean su currículo siguiendo el mismo enfoque

Quesito 7 Domanda B - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

El currículo de educación para la ciudadanía

Este currículo se establece en términos de los objetivos que se deben alcanzar, los conocimientos y contenidos que hay que adquirir y las habilidades que dominar. Existen diferentes enfoques para enseñar educación para la ciudadanía, pero sea cual sea el que se utilice, los currículos de todos los países europeos registran cuatro categorías principales de objetivos:

- Desarrollar la cultura política (conocimiento de los hechos fundamentales y comprensión de los conceptos clave): Incluye aprendizajes relacionados con temas como las instituciones sociales, políticas y civiles; derechos y responsabilidades de los ciudadanos; las constituciones de los países, cuestiones sociales, reconocimiento de la herencia cultural e histórica, así como la diversidad cultural y lingüística de la sociedad.
- Adquirir un pensamiento crítico y la capacidad de análisis: complementa el primero ya que el pensamiento crítico es crucial para desarrollar la cultura política. Permite que los jóvenes analicen y evalúen la información sobre los temas sociales y políticos.
- Desarrollar ciertos valores, actitudes y conductas (sentido del respeto, tolerancia y solidaridad). Se relaciona

con los valores, actitudes y conductas que los alumnos deben adquirir a través de la educación para la ciudadanía en los centros. Aunque no se trata de una lista exhaustiva, este objetivo puede incluir, por ejemplo, aprender sobre el respeto y el entendimiento mutuos, sobre las responsabilidades sociales y morales y el desarrollo del espíritu de solidaridad con los demás.

- Promover la participación activa y la implicación tanto con el centro como con la sociedad. Supone la participación activa de los alumnos en su comunidad, les permite poner en práctica los conocimientos y destrezas adquiridos a través de aprendizajes realizados en relación con los tres primeros objetivos

El principal objetivo no es informar, sino utilizar la información para ayudar a los alumnos a entender y fomentar su capacidad de participación.

(Adaptado de http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice./documents/thematic_reports/139ES.pdf)

Según el estudio, el desarrollo de la cultura política

- a) da solamente importancia a la diversidad lingüística y cultural
- b) es el objetivo más importante de los cuatro
- c) incluye aprendizajes que están dictaminados por las instituciones
- d) fomenta la temática social y civil al igual que el respeto por la diversidad lingüística y cultural

Quesito 7 Domanda C - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

El currículo de educación para la ciudadanía

Este currículo se establece en términos de los objetivos que se deben alcanzar, los conocimientos y contenidos que hay que adquirir y las habilidades que dominar. Existen diferentes enfoques para enseñar educación para la ciudadanía, pero sea cual sea el que se utilice, los currículos de todos los países europeos registran cuatro categorías principales de objetivos:

- Desarrollar la cultura política (conocimiento de los hechos fundamentales y comprensión de los conceptos clave): Incluye aprendizajes relacionados con temas como las instituciones sociales, políticas y civiles; derechos y responsabilidades de los ciudadanos; las constituciones de los países, cuestiones sociales, reconocimiento de la herencia cultural e histórica, así como la diversidad cultural y lingüística de la sociedad.
 - Adquirir un pensamiento crítico y la capacidad de análisis: complementa el primero ya que el pensamiento crítico es crucial para desarrollar la cultura política. Permite que los jóvenes analicen y evalúen la información sobre los temas sociales y políticos.
 - Desarrollar ciertos valores, actitudes y conductas (sentido del respeto, tolerancia y solidaridad). Se relaciona con los valores, actitudes y conductas que los alumnos deben adquirir a través de la educación para la ciudadanía en los centros. Aunque no se trata de una lista exhaustiva, este objetivo puede incluir, por ejemplo, aprender sobre el respeto y el entendimiento mutuos, sobre las responsabilidades sociales y morales y el desarrollo del espíritu de solidaridad con los demás.
 - Promover la participación activa y la implicación tanto con el centro como con la sociedad. Supone la participación activa de los alumnos en su comunidad, les permite poner en práctica los conocimientos y destrezas adquiridos a través de aprendizajes realizados en relación con los tres primeros objetivos
- El principal objetivo no es informar, sino utilizar la información para ayudar a los alumnos a entender y fomentar su capacidad de participación.

(Adaptado de http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice./documents/thematic_reports/139ES.pdf)

Con el currículo...

- a) los jóvenes deberán crear programas de cultura política
- b) los jóvenes se familiarizan y aprenden a valorar y cuestionar temas sociopolíticos
- c) el pensamiento crítico es crucial únicamente para desarrollar la cultura política

- d) los jóvenes pueden especializarse y seguir estudios sociopolíticos durante su formación

Quesito 7 Domanda D - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

El currículo de educación para la ciudadanía

Este currículo se establece en términos de los objetivos que se deben alcanzar, los conocimientos y contenidos que hay que adquirir y las habilidades que dominar. Existen diferentes enfoques para enseñar educación para la ciudadanía, pero sea cual sea el que se utilice, los currículos de todos los países europeos registran cuatro categorías principales de objetivos:

- Desarrollar la cultura política (conocimiento de los hechos fundamentales y comprensión de los conceptos clave): Incluye aprendizajes relacionados con temas como las instituciones sociales, políticas y civiles; derechos y responsabilidades de los ciudadanos; las constituciones de los países, cuestiones sociales, reconocimiento de la herencia cultural e histórica, así como la diversidad cultural y lingüística de la sociedad.
 - Adquirir un pensamiento crítico y la capacidad de análisis: complementa el primero ya que el pensamiento crítico es crucial para desarrollar la cultura política. Permite que los jóvenes analicen y evalúen la información sobre los temas sociales y políticos.
 - Desarrollar ciertos valores, actitudes y conductas (sentido del respeto, tolerancia y solidaridad). Se relaciona con los valores, actitudes y conductas que los alumnos deben adquirir a través de la educación para la ciudadanía en los centros. Aunque no se trata de una lista exhaustiva, este objetivo puede incluir, por ejemplo, aprender sobre el respeto y el entendimiento mutuos, sobre las responsabilidades sociales y morales y el desarrollo del espíritu de solidaridad con los demás.
 - Promover la participación activa y la implicación tanto con el centro como con la sociedad. Supone la participación activa de los alumnos en su comunidad, les permite poner en práctica los conocimientos y destrezas adquiridos a través de aprendizajes realizados en relación con los tres primeros objetivos
- El principal objetivo no es informar, sino utilizar la información para ayudar a los alumnos a entender y fomentar su capacidad de participación.

(Adaptado de http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice./documents/thematic_reports/139ES.pdf)

El tercer objetivo...

- a) presenta valores y conductas que el centro educativo indica a los alumnos dónde pueden adquirirlos
- b) pretende fomentar valores de solidaridad y compromiso sociales y morales
- c) está estructurado siguiendo un modelo exhaustivo
- d) cuya lista, exhaustiva, incluye entre otros aspectos aprender el respeto y el espíritu de solidaridad

Quesito 7 Domanda E - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

El currículo de educación para la ciudadanía

Este currículo se establece en términos de los objetivos que se deben alcanzar, los conocimientos y contenidos que hay que adquirir y las habilidades que dominar. Existen diferentes enfoques para enseñar educación para la ciudadanía, pero sea cual sea el que se utilice, los currículos de todos los países europeos registran cuatro categorías principales de objetivos:

- Desarrollar la cultura política (conocimiento de los hechos fundamentales y comprensión de los conceptos clave): Incluye aprendizajes relacionados con temas como las instituciones sociales, políticas y civiles; derechos y responsabilidades de los ciudadanos; las constituciones de los países, cuestiones sociales, reconocimiento de la herencia cultural e histórica, así como la diversidad cultural y lingüística de la sociedad.
- Adquirir un pensamiento crítico y la capacidad de análisis: complementa el primero ya que el pensamiento crítico es crucial para desarrollar la cultura política. Permite que los jóvenes analicen y evalúen la información

sobre los temas sociales y políticos.

- Desarrollar ciertos valores, actitudes y conductas (sentido del respeto, tolerancia y solidaridad). Se relaciona con los valores, actitudes y conductas que los alumnos deben adquirir a través de la educación para la ciudadanía en los centros. Aunque no se trata de una lista exhaustiva, este objetivo puede incluir, por ejemplo, aprender sobre el respeto y el entendimiento mutuos, sobre las responsabilidades sociales y morales y el desarrollo del espíritu de solidaridad con los demás.
 - Promover la participación activa y la implicación tanto con el centro como con la sociedad. Supone la participación activa de los alumnos en su comunidad, les permite poner en práctica los conocimientos y destrezas adquiridos a través de aprendizajes realizados en relación con los tres primeros objetivos
- El principal objetivo no es informar, sino utilizar la información para ayudar a los alumnos a entender y fomentar su capacidad de participación.

(Adaptado de http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/documents/thematic_reports/139ES.pdf)

El texto indica que

- a) no se valora de la misma forma la adquisición de contenidos y su puesta en práctica
- b) la implicación de los alumnos debe ser exclusivamente en la sociedad
- c) el poner en práctica todos los conocimientos adquiridos favorece la participación y la integración en la sociedad
- d) la comunidad puede o no permitir a los alumnos la práctica de los conocimientos adquiridos

Quesito 8 Domanda A - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

Evaluación de los centros educativos

En casi todos los países europeos se evalúan los centros educativos, tanto por parte de evaluadores internos como externos, para mejorar, supervisar y sacar conclusiones.

Generalmente la normativa y recomendaciones sobre la evaluación hacen referencia a las áreas de actividad relacionadas con la enseñanza y el aprendizaje de la ciudadanía. Sin embargo, como la educación para la ciudadanía es un proceso integral, a veces también se evalúan toda una serie de actividades escolares, principalmente las relacionadas con la enseñanza y aprendizaje; el clima escolar, incluyendo temas relativos al bienestar de los alumnos; la participación de distintos sectores, como los padres, en el gobierno de los centros y en el diseño de la política del centro; así como las relaciones de los centros con la comunidad y la sociedad general.

El seguimiento de la eficacia del sistema educativo mediante la recogida de información a nivel nacional es una práctica muy extendida en Europa. En los últimos diez años, dos terceras partes de los países han abordado la educación para la ciudadanía, de manera directa o indirecta, en su proceso nacional de evaluación. Aunque pocos países señalan que han realizado estudios específicos para evaluar la enseñanza de la educación para la ciudadanía, algunos la evalúan utilizando en los procedimientos generales de evaluación que ya tienen establecidos.

Los informes nacionales basados en datos de las inspecciones externas de los resultados de los centros escolares o de los alumnos en los exámenes nacionales, se utilizan regularmente para controlar los resultados del sistema y, en ocasiones, se centran de forma especial en la educación para la ciudadanía. Sin embargo, la mayoría de los países no incluyen en sus sistemas nacionales de evaluación las asignaturas dedicadas total o parcialmente a la educación para la ciudadanía.

(Adaptado de http://eacea.ec.europa.eu/education/Eurydice/documents/thematic_reports/139ES.pdf)

En el estudio no se afirma que

- a) en todos los países los evaluadores internos y externos realicen un análisis de la educación
- b) casi todos los países controlen y evalúen sus centros educativos
- c) la educación para la ciudadanía resulte ser un proceso integral
- d) la normativa sobre la evaluación trate también la educación para la ciudadanía

Quesito 8 Domanda B - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

Evaluación de los centros educativos

En casi todos los países europeos se evalúan los centros educativos, tanto por parte de evaluadores internos como externos, para mejorar, supervisar y sacar conclusiones.

Generalmente la normativa y recomendaciones sobre la evaluación hacen referencia a las áreas de actividad relacionadas con la enseñanza y el aprendizaje de la ciudadanía. Sin embargo, como la educación para la ciudadanía es un proceso integral, a veces también se evalúan toda una serie de actividades escolares, principalmente las relacionadas con la enseñanza y aprendizaje; el clima escolar, incluyendo temas relativos al bienestar de los alumnos; la participación de distintos sectores, como los padres, en el gobierno de los centros y en el diseño de la política del centro; así como las relaciones de los centros con la comunidad y la sociedad general.

El seguimiento de la eficacia del sistema educativo mediante la recogida de información a nivel nacional es una práctica muy extendida en Europa. En los últimos diez años, dos terceras partes de los países han abordado la educación para la ciudadanía, de manera directa o indirecta, en su proceso nacional de evaluación. Aunque pocos países señalan que han realizado estudios específicos para evaluar la enseñanza de la educación para la ciudadanía, algunos la evalúan utilizando en los procedimientos generales de evaluación que ya tienen establecidos.

Los informes nacionales basados en datos de las inspecciones externas de los resultados de los centros escolares o de los alumnos en los exámenes nacionales, se utilizan regularmente para controlar los resultados del sistema y, en ocasiones, se centran de forma especial en la educación para la ciudadanía. Sin embargo, la mayoría de los países no incluyen en sus sistemas nacionales de evaluación las asignaturas dedicadas total o parcialmente a la educación para la ciudadanía.

(Adaptado de http://eacea.ec.europa.eu/education/Eurydice/documents/thematic_reports/139ES.pdf)

En la educación para la ciudadanía

- a) no se considera que los padres jueguen un papel esencial en la escuela
- b) se analizan tareas de distinta índole integradas en la sociedad
- c) unas tareas son mucho más importantes que otras
- d) la evaluación no tiene en cuenta la relación entre el centro educativo y la sociedad

Quesito 8 Domanda C - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

Evaluación de los centros educativos

En casi todos los países europeos se evalúan los centros educativos, tanto por parte de evaluadores internos como externos, para mejorar, supervisar y sacar conclusiones.

Generalmente la normativa y recomendaciones sobre la evaluación hacen referencia a las áreas de actividad relacionadas con la enseñanza y el aprendizaje de la ciudadanía. Sin embargo, como la educación para la

ciudadanía es un proceso integral, a veces también se evalúan toda una serie de actividades escolares, principalmente las relacionadas con la enseñanza y aprendizaje; el clima escolar, incluyendo temas relativos al bienestar de los alumnos; la participación de distintos sectores, como los padres, en el gobierno de los centros y en el diseño de la política del centro; así como las relaciones de los centros con la comunidad y la sociedad general.

El seguimiento de la eficacia del sistema educativo mediante la recogida de información a nivel nacional es una práctica muy extendida en Europa. En los últimos diez años, dos terceras partes de los países han abordado la educación para la ciudadanía, de manera directa o indirecta, en su proceso nacional de evaluación. Aunque pocos países señalan que han realizado estudios específicos para evaluar la enseñanza de la educación para la ciudadanía, algunos la evalúan utilizando en los procedimientos generales de evaluación que ya tienen establecidos.

Los informes nacionales basados en datos de las inspecciones externas de los resultados de los centros escolares o de los alumnos en los exámenes nacionales, se utilizan regularmente para controlar los resultados del sistema y, en ocasiones, se centran de forma especial en la educación para la ciudadanía. Sin embargo, la mayoría de los países no incluyen en sus sistemas nacionales de evaluación las asignaturas dedicadas total o parcialmente a la educación para la ciudadanía.

(Adaptado de http://eacea.ec.europa.eu/education/Eurydice/documents/thematic_reports/139ES.pdf)

En el texto se afirma que

- a) la eficacia se persigue mediante estudios específicos que evalúen la educación para la ciudadanía
- b) la recogida de información no es la única práctica extendida
- c) todos los países evalúan la educación para la ciudadanía utilizando los procedimientos generales de evaluación que ya tienen establecidos
- d) todos los países ya siguen un proceso nacional de evaluación

Quesito 8 Domanda D - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

Evaluación de los centros educativos

En casi todos los países europeos se evalúan los centros educativos, tanto por parte de evaluadores internos como externos, para mejorar, supervisar y sacar conclusiones.

Generalmente la normativa y recomendaciones sobre la evaluación hacen referencia a las áreas de actividad relacionadas con la enseñanza y el aprendizaje de la ciudadanía. Sin embargo, como la educación para la ciudadanía es un proceso integral, a veces también se evalúan toda una serie de actividades escolares, principalmente las relacionadas con la enseñanza y aprendizaje; el clima escolar, incluyendo temas relativos al bienestar de los alumnos; la participación de distintos sectores, como los padres, en el gobierno de los centros y en el diseño de la política del centro; así como las relaciones de los centros con la comunidad y la sociedad general.

El seguimiento de la eficacia del sistema educativo mediante la recogida de información a nivel nacional es una práctica muy extendida en Europa. En los últimos diez años, dos terceras partes de los países han abordado la educación para la ciudadanía, de manera directa o indirecta, en su proceso nacional de evaluación. Aunque pocos países señalan que han realizado estudios específicos para evaluar la enseñanza de la educación para la ciudadanía, algunos la evalúan utilizando en los procedimientos generales de evaluación que ya tienen establecidos.

Los informes nacionales basados en datos de las inspecciones externas de los resultados de los centros escolares o de los alumnos en los exámenes nacionales, se utilizan regularmente para controlar los resultados del sistema y, en ocasiones, se centran de forma especial en la educación para la ciudadanía. Sin embargo, la mayoría de los países no incluyen en sus sistemas nacionales de evaluación las asignaturas dedicadas total o parcialmente a la educación para la ciudadanía.

(Adaptado de http://eacea.ec.europa.eu/education/Eurydice/documents/thematic_reports/139ES.pdf)

Del texto se entiende que los resultados de los centros escolares

- a) son diferentes a los resultados de los alumnos
- b) están casi siempre controlados por las inspecciones internas y externas
- c) ayudan a controlar los éxitos/fracasos del sistema
- d) siempre se centran especialmente en la educación para la ciudadanía

Quesito 8 Domanda E - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta.

Evaluación de los centros educativos

En casi todos los países europeos se evalúan los centros educativos, tanto por parte de evaluadores internos como externos, para mejorar, supervisar y sacar conclusiones.

Generalmente la normativa y recomendaciones sobre la evaluación hacen referencia a las áreas de actividad relacionadas con la enseñanza y el aprendizaje de la ciudadanía. Sin embargo, como la educación para la ciudadanía es un proceso integral, a veces también se evalúan toda una serie de actividades escolares, principalmente las relacionadas con la enseñanza y aprendizaje; el clima escolar, incluyendo temas relativos al bienestar de los alumnos; la participación de distintos sectores, como los padres, en el gobierno de los centros y en el diseño de la política del centro; así como las relaciones de los centros con la comunidad y la sociedad general.

El seguimiento de la eficacia del sistema educativo mediante la recogida de información a nivel nacional es una práctica muy extendida en Europa. En los últimos diez años, dos terceras partes de los países han abordado la educación para la ciudadanía, de manera directa o indirecta, en su proceso nacional de evaluación. Aunque pocos países señalan que han realizado estudios específicos para evaluar la enseñanza de la educación para la ciudadanía, algunos la evalúan utilizando en los procedimientos generales de evaluación que ya tienen establecidos.

Los informes nacionales basados en datos de las inspecciones externas de los resultados de los centros escolares o de los alumnos en los exámenes nacionales, se utilizan regularmente para controlar los resultados del sistema y, en ocasiones, se centran de forma especial en la educación para la ciudadanía. Sin embargo, la mayoría de los países no incluyen en sus sistemas nacionales de evaluación las asignaturas dedicadas total o parcialmente a la educación para la ciudadanía.

(Adaptado de http://eacea.ec.europa.eu/education/Eurydice/documents/thematic_reports/139ES.pdf)

Los sistemas nacionales de evaluación

- a) son idénticos en la mayoría de los países europeos
- b) presentan continuamente asignaturas dedicadas total o parcialmente a la educación para la ciudadanía
- c) no presentan continuamente asignaturas relacionadas con la educación para la ciudadanía
- d) no consideran necesario insertar asignaturas dedicadas total o parcialmente a la educación para la ciudadanía

Domande a risposta multipla - FR

Quesito 7 Domanda A - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

L'AVEU DE HOLLANDE

Dans une interview au tabloïd allemand "Bild", le président de la République semble rétro pédaler sur la déchéance de nationalité.

C'est un aveu d'échec pour François Hollande. Dans une interview au journal allemand "Bild", le président français reconnaît l'inefficacité de la déchéance de nationalité, qui a pourtant occupé le débat français pendant quatre mois.

"Ce n'est pas en enlevant la nationalité que l'on peut combattre le terrorisme", a-t-il déclaré.

Dans ce cas, comment remédier au terrorisme ? Selon le président, "en luttant contre les racines mêmes de la radicalisation et de la haine. Et c'est en menant des politiques coordonnées à l'échelle de l'Europe pour appréhender les individus qui veulent nous frapper".

Un point de vue qu'il défendait déjà en 2010, s'élevant fermement contre le projet de déchéance de nationalité de Nicolas Sarkozy.

Pourtant, le 16 novembre 2015, trois jours après les attentats de Paris, François Hollande annonce devant le Congrès à Versailles que la déchéance de nationalité sera étendue aux binationaux "nés Français" condamnés pour terrorisme.

Le débat va déchirer la classe politique. Dès le 20 novembre, le défenseur des droits Jacques Toubon critique la mesure, qui va créer "deux catégories de citoyens". Elle sera contestée au sein même du parti de la majorité. Le 27 janvier, la garde des Sceaux Christiane Taubira démissionne en invoquant un "désaccord politique majeur" sur ce dossier.

Finalement, François Hollande se résout le 30 mars à abandonner cette réforme. En l'absence d'accord entre les deux chambres - qui rend très difficile l'organisation d'un Congrès pour voter la révision constitutionnelle -, il préfère capituler.

"Je constate aujourd'hui que l'Assemblée nationale et le Sénat ne sont pas parvenus à se mettre d'accord sur un même texte et qu'un compromis paraît hors d'atteinte sur la définition de la déchéance de nationalité pour les terroristes", explique-t-il.

Désormais, le chef de l'Etat se tourne vers l'Union européenne pour prévenir la menace terroriste. "Le groupe qui a perpétré les attentats de Paris et de Bruxelles était composé d'individus venant de plusieurs pays d'Europe.

Récemment un complice a été arrêté en Italie, d'autres aux Pays-Bas. Les terroristes ne connaissent pas de frontières. Donc, la guerre contre ce fléau ne peut être menée et gagnée dans un seul pays", dit-il à "Bild".

"L'Europe de la Défense est une priorité", martèle-t-il, soulignant le "problème majeur de l'Europe : elle prend souvent trop de temps pour décider". "C'est insupportable."

L'Obs Publié le 06 avril 2016 à 15h13

Le sujet de l'article est:

- a) L'échec de la politique actuelle
- b) L'abandon de la réforme sur la déchéance de nationalité
- c) La révision du texte constitutionnel de la part de l'Assemblée
- d) Le débat actuel sur la déchéance de nationalité

Quesito 7 Domanda B - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

L'AVEU DE HOLLANDE

Dans une interview au tabloïd allemand "Bild", le président de la République semble rétro pédaler sur la déchéance de nationalité.

C'est un aveu d'échec pour François Hollande. Dans une interview au journal allemand "Bild", le président français reconnaît l'inefficacité de la déchéance de nationalité, qui a pourtant occupé le débat français pendant

quatre mois.

"Ce n'est pas en enlevant la nationalité que l'on peut combattre le terrorisme", a-t-il déclaré.

Dans ce cas, comment remédier au terrorisme ? Selon le président, "en luttant contre les racines mêmes de la radicalisation et de la haine. Et c'est en menant des politiques coordonnées à l'échelle de l'Europe pour appréhender les individus qui veulent nous frapper".

Un point de vue qu'il défendait déjà en 2010, s'élevant fermement contre le projet de déchéance de nationalité de Nicolas Sarkozy.

Pourtant, le 16 novembre 2015, trois jours après les attentats de Paris, François Hollande annonce devant le Congrès à Versailles que la déchéance de nationalité sera étendue aux binationaux "nés Français" condamnés pour terrorisme.

Le débat va déchirer la classe politique. Dès le 20 novembre, le défenseur des droits Jacques Toubon critique la mesure, qui va créer "deux catégories de citoyens". Elle sera contestée au sein même du parti de la majorité. Le 27 janvier, la garde des Sceaux Christiane Taubira démissionne en invoquant un "désaccord politique majeur" sur ce dossier.

Finalement, François Hollande se résout le 30 mars à abandonner cette réforme. En l'absence d'accord entre les deux chambres - qui rend très difficile l'organisation d'un Congrès pour voter la révision constitutionnelle -, il préfère capituler.

"Je constate aujourd'hui que l'Assemblée nationale et le Sénat ne sont pas parvenus à se mettre d'accord sur un même texte et qu'un compromis paraît hors d'atteinte sur la définition de la déchéance de nationalité pour les terroristes", explique-t-il.

Désormais, le chef de l'Etat se tourne vers l'Union européenne pour prévenir la menace terroriste. "Le groupe qui a perpétré les attentats de Paris et de Bruxelles était composé d'individus venant de plusieurs pays d'Europe. Récemment un complice a été arrêté en Italie, d'autres aux Pays-Bas. Les terroristes ne connaissent pas de frontières. Donc, la guerre contre ce fléau ne peut être menée et gagnée dans un seul pays", dit-il à "Bild".

"L'Europe de la Défense est une priorité", martèle-t-il, soulignant le "problème majeur de l'Europe : elle prend souvent trop de temps pour décider". "C'est insupportable."

L'Obs Publié le 06 avril 2016 à 15h13

Les propos du président ont été recueillis:

- a) dans une émission de télé
- b) dans un journal
- c) dans une émission de radio
- d) dans une revue spécialisée

Quesito 7 Domanda C - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

L'AVEU DE HOLLANDE

Dans une interview au tabloïd allemand "Bild", le président de la République semble rétropédaler sur la déchéance de nationalité.

C'est un aveu d'échec pour François Hollande. Dans une interview au journal allemand "Bild", le président français reconnaît l'inefficacité de la déchéance de nationalité, qui a pourtant occupé le débat français pendant quatre mois.

"Ce n'est pas en enlevant la nationalité que l'on peut combattre le terrorisme", a-t-il déclaré.

Dans ce cas, comment remédier au terrorisme ? Selon le président, "en luttant contre les racines mêmes de la radicalisation et de la haine. Et c'est en menant des politiques coordonnées à l'échelle de l'Europe pour appréhender les individus qui veulent nous frapper".

Un point de vue qu'il défendait déjà en 2010, s'élevant fermement contre le projet de déchéance de nationalité de Nicolas Sarkozy.

Pourtant, le 16 novembre 2015, trois jours après les attentats de Paris, François Hollande annonce devant le Congrès à Versailles que la déchéance de nationalité sera étendue aux binationaux "nés Français" condamnés pour terrorisme.

Le débat va déchirer la classe politique. Dès le 20 novembre, le défenseur des droits Jacques Toubon critique la

mesure, qui va créer "deux catégories de citoyens". Elle sera contestée au sein même du parti de la majorité. Le 27 janvier, la garde des Sceaux Christiane Taubira démissionne en invoquant un "désaccord politique majeur" sur ce dossier.

Finalement, François Hollande se résout le 30 mars à abandonner cette réforme. En l'absence d'accord entre les deux chambres - qui rend très difficile l'organisation d'un Congrès pour voter la révision constitutionnelle -, il préfère capituler.

"Je constate aujourd'hui que l'Assemblée nationale et le Sénat ne sont pas parvenus à se mettre d'accord sur un même texte et qu'un compromis paraît hors d'atteinte sur la définition de la déchéance de nationalité pour les terroristes", explique-t-il.

Désormais, le chef de l'Etat se tourne vers l'Union européenne pour prévenir la menace terroriste. "Le groupe qui a perpétré les attentats de Paris et de Bruxelles était composé d'individus venant de plusieurs pays d'Europe. Récemment un complice a été arrêté en Italie, d'autres aux Pays-Bas. Les terroristes ne connaissent pas de frontières. Donc, la guerre contre ce fléau ne peut être menée et gagnée dans un seul pays", dit-il à "Bild".

"L'Europe de la Défense est une priorité", martèle-t-il, soulignant le "problème majeur de l'Europe : elle prend souvent trop de temps pour décider". "C'est insupportable."

L'Obs Publié le 06 avril 2016 à 15h13

Comment, selon le président François Hollande, peut-on remédier au terrorisme?

- a) En combattant les préjugés
- b) En évitant la guettisation de certaines ethnies
- c) En luttant contre ce qui est à la base de la haine
- d) En éduquant les jeunes à l'acceptation des différences

Quesito 7 Domanda D - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

L'AVEU DE HOLLANDE

Dans une interview au tabloïd allemand "Bild", le président de la République semble rétropédaler sur la déchéance de nationalité.

C'est un aveu d'échec pour François Hollande. Dans une interview au journal allemand "Bild", le président français reconnaît l'inefficacité de la déchéance de nationalité, qui a pourtant occupé le débat français pendant quatre mois.

"Ce n'est pas en enlevant la nationalité que l'on peut combattre le terrorisme", a-t-il déclaré.

Dans ce cas, comment remédier au terrorisme ? Selon le président, "en luttant contre les racines mêmes de la radicalisation et de la haine. Et c'est en menant des politiques coordonnées à l'échelle de l'Europe pour appréhender les individus qui veulent nous frapper".

Un point de vue qu'il défendait déjà en 2010, s'élevant fermement contre le projet de déchéance de nationalité de Nicolas Sarkozy.

Pourtant, le 16 novembre 2015, trois jours après les attentats de Paris, François Hollande annonce devant le Congrès à Versailles que la déchéance de nationalité sera étendue aux binationaux "nés Français" condamnés pour terrorisme.

Le débat va déchirer la classe politique. Dès le 20 novembre, le défenseur des droits Jacques Toubon critique la mesure, qui va créer "deux catégories de citoyens". Elle sera contestée au sein même du parti de la majorité. Le 27 janvier, la garde des Sceaux Christiane Taubira démissionne en invoquant un "désaccord politique majeur" sur ce dossier.

Finalement, François Hollande se résout le 30 mars à abandonner cette réforme. En l'absence d'accord entre les deux chambres - qui rend très difficile l'organisation d'un Congrès pour voter la révision constitutionnelle -, il préfère capituler.

"Je constate aujourd'hui que l'Assemblée nationale et le Sénat ne sont pas parvenus à se mettre d'accord sur un même texte et qu'un compromis paraît hors d'atteinte sur la définition de la déchéance de nationalité pour les terroristes", explique-t-il.

Désormais, le chef de l'Etat se tourne vers l'Union européenne pour prévenir la menace terroriste. "Le groupe qui

a perpétré les attentats de Paris et de Bruxelles était composé d'individus venant de plusieurs pays d'Europe. Récemment un complice a été arrêté en Italie, d'autres aux Pays-Bas. Les terroristes ne connaissent pas de frontières. Donc, la guerre contre ce fléau ne peut être menée et gagnée dans un seul pays", dit-il à "Bild". "L'Europe de la Défense est une priorité", martèle-t-il, soulignant le "problème majeur de l'Europe : elle prend souvent trop de temps pour décider". "C'est insupportable."

L'Obs Publié le 06 avril 2016 à 15h13

Qui aurait dû subir la déchéance de nationalité selon François Hollande?

- a) Les terroristes de sexe masculin
- b) Les hommes et les femmes "nés Français" condamnés pour terrorisme
- c) Les hommes et les femmes ayant deux nationalités, "nés Français", condamnés pour terrorisme
- d) Les hommes et les femmes condamnés pour terrorisme

Quesito 7 Domanda E - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

L'AVEU DE HOLLANDE

Dans une interview au tabloïd allemand "Bild", le président de la République semble rétropédaler sur la déchéance de nationalité.

C'est un aveu d'échec pour François Hollande. Dans une interview au journal allemand "Bild", le président français reconnaît l'inefficacité de la déchéance de nationalité, qui a pourtant occupé le débat français pendant quatre mois.

"Ce n'est pas en enlevant la nationalité que l'on peut combattre le terrorisme", a-t-il déclaré.

Dans ce cas, comment remédier au terrorisme ? Selon le président, "en luttant contre les racines mêmes de la radicalisation et de la haine. Et c'est en menant des politiques coordonnées à l'échelle de l'Europe pour appréhender les individus qui veulent nous frapper".

Un point de vue qu'il défendait déjà en 2010, s'élevant fermement contre le projet de déchéance de nationalité de Nicolas Sarkozy.

Pourtant, le 16 novembre 2015, trois jours après les attentats de Paris, François Hollande annonce devant le Congrès à Versailles que la déchéance de nationalité sera étendue aux binationaux "nés Français" condamnés pour terrorisme.

Le débat va déchirer la classe politique. Dès le 20 novembre, le défenseur des droits Jacques Toubon critique la mesure, qui va créer "deux catégories de citoyens". Elle sera contestée au sein même du parti de la majorité. Le 27 janvier, la garde des Sceaux Christiane Taubira démissionne en invoquant un "désaccord politique majeur" sur ce dossier.

Finalement, François Hollande se résout le 30 mars à abandonner cette réforme. En l'absence d'accord entre les deux chambres - qui rend très difficile l'organisation d'un Congrès pour voter la révision constitutionnelle -, il préfère capituler.

"Je constate aujourd'hui que l'Assemblée nationale et le Sénat ne sont pas parvenus à se mettre d'accord sur un même texte et qu'un compromis paraît hors d'atteinte sur la définition de la déchéance de nationalité pour les terroristes", explique-t-il.

Désormais, le chef de l'Etat se tourne vers l'Union européenne pour prévenir la menace terroriste. "Le groupe qui a perpétré les attentats de Paris et de Bruxelles était composé d'individus venant de plusieurs pays d'Europe. Récemment un complice a été arrêté en Italie, d'autres aux Pays-Bas. Les terroristes ne connaissent pas de frontières. Donc, la guerre contre ce fléau ne peut être menée et gagnée dans un seul pays", dit-il à "Bild".

"L'Europe de la Défense est une priorité", martèle-t-il, soulignant le "problème majeur de l'Europe : elle prend souvent trop de temps pour décider". "C'est insupportable."

L'Obs Publié le 06 avril 2016 à 15h13

Pourquoi François Hollande abandonne-t-il le projet de déchéance de nationalité?

- a) Parce que les deux Chambres ne trouvent pas d'accord sur ce sujet

- b) Parce que les terroristes ne sont pas spécialement Français
- c) Parce que la révision de la Constitution n'est pas envisageable
- d) Parce qu'il y a d'autres chats à fouetter

Quesito 8 Domanda A - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

La multiplication des éducations à la tolérance, au développement durable, aux droits humains, à la citoyenneté, pose la question de la légitimité d'une éducation à l'éthique. En effet, à quoi l'école peut-elle éduquer ? Nous avons ici deux conceptions extrêmes. D'un côté, une école apolitique, dispensatrice de savoirs acquis (instruction), laissant à la liberté individuelle et privée les choix éthiques et politiques : cette école permet la « reproduction sociale », en adaptant les enfants et les adolescents à la société telle qu'elle est. De l'autre côté, une école apte à induire de nouveaux comportements éthiques (éducation) et capable de contribuer à une modification de la société.

La première approche oublie que l'école est un espace public, une « communauté scolaire », une petite société en elle-même qu'il faut bâtir en prenant des positions claires, éthiques, sur ce qui est permis, défendu et encouragé.

La seconde approche, au contraire, s'appuie sur l'illusion qui consiste à croire qu'un enseignant a le pouvoir et le droit de former la conscience de ses élèves et qu'il est possible de produire une formation professionnelle apte à transformer l'enseignant ; cela signifie que, plus haut encore, au niveau de l'autorité publique, quelqu'un a l'autorité d'édicter le juste et l'injuste.

En réalité, l'éthique ne se diffuse pas par voie pyramidale : elle est plus ou moins présente dans les différents acteurs du système scolaire, parents compris. Faut-il choisir entre conservatisme et progressisme ? Y a-t-il une troisième voie ? La logique démocratique est résolument progressiste, mais elle ne peut s'appuyer sur des illusions. Nous devons trancher : l'école ne peut être réduite à une fonction de « reproduction sociale » avec toutes les inégalités que cela implique. Elle a une fonction progressiste qui consiste d'une part à garantir l'égalité d'accès et promouvoir la meilleure formation possible pour chacun, et d'autre part à former des citoyens.

Adapté de : http://www.globaleducation.ch/globaleducation_fr/resources/MA/Supp_Educ_bazar.pdf

L'auteur du texte s'interroge sur :

- a) Les possibilités qu'a l'école de transformer les enseignements et les programmes
- b) La préparation professionnelle nécessaire à l'insertion des élèves dans le monde du travail
- c) Les possibilités qu'a l'école d'éduquer les élèves à ce qui est juste et ce qui est injuste
- d) Les possibilités offertes aux élèves en ce qui concerne les différentes filières d'enseignement

Quesito 8 Domanda B - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

La multiplication des éducations à la tolérance, au développement durable, aux droits humains, à la citoyenneté, pose la question de la légitimité d'une éducation à l'éthique. En effet, à quoi l'école peut-elle éduquer ? Nous avons ici deux conceptions extrêmes. D'un côté, une école apolitique, dispensatrice de savoirs acquis (instruction), laissant à la liberté individuelle et privée les choix éthiques et politiques : cette école permet la « reproduction sociale », en adaptant les enfants et les adolescents à la société telle qu'elle est. De l'autre côté, une école apte à induire de nouveaux comportements éthiques (éducation) et capable de contribuer à une modification de la société.

La première approche oublie que l'école est un espace public, une « communauté scolaire », une petite société en elle-même qu'il faut bâtir en prenant des positions claires, éthiques, sur ce qui est permis, défendu et encouragé.

La seconde approche, au contraire, s'appuie sur l'illusion qui consiste à croire qu'un enseignant a le pouvoir et le droit de former la conscience de ses élèves et qu'il est possible de produire une formation professionnelle apte à transformer l'enseignant ; cela signifie que, plus haut encore, au niveau de l'autorité publique, quelqu'un a l'autorité d'édicter le juste et l'injuste.

En réalité, l'éthique ne se diffuse pas par voie pyramidale : elle est plus ou moins présente dans les différents acteurs du système scolaire, parents compris. Faut-il choisir entre conservatisme et progressisme ? Y a-t-il une troisième voie ? La logique démocratique est résolument progressiste, mais elle ne peut s'appuyer sur des illusions. Nous devons trancher : l'école ne peut être réduite à une fonction de « reproduction sociale » avec toutes les inégalités que cela implique. Elle a une fonction progressiste qui consiste d'une part à garantir l'égalité d'accès et promouvoir la meilleure formation possible pour chacun, et d'autre part à former des citoyens. Adapté de : http://www.globaleducation.ch/globaleducation_fr/resources/MA/Supp_Educ_bazar.pdf

L'école définie « apolitique » dans le texte est une école qui :

- a) Prend une position claire sur ce qui est juste et ce qui ne l'est pas
- b) Forme la conscience de ses élèves
- c) Dispense principalement des connaissances et des savoirs
- d) Prépare les élèves qui modifieront, dans l'avenir, la réalité sociale

Quesito 8 Domanda C - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

La multiplication des éducations à la tolérance, au développement durable, aux droits humains, à la citoyenneté, pose la question de la légitimité d'une éducation à l'éthique. En effet, à quoi l'école peut-elle éduquer ? Nous avons ici deux conceptions extrêmes. D'un côté, une école apolitique, dispensatrice de savoirs acquis (instruction), laissant à la liberté individuelle et privée les choix éthiques et politiques : cette école permet la « reproduction sociale », en adaptant les enfants et les adolescents à la société telle qu'elle est. De l'autre côté, une école apte à induire de nouveaux comportements éthiques (éducation) et capable de contribuer à une modification de la société.

La première approche oublie que l'école est un espace public, une « communauté scolaire », une petite société en elle-même qu'il faut bâtir en prenant des positions claires, éthiques, sur ce qui est permis, défendu et encouragé.

La seconde approche, au contraire, s'appuie sur l'illusion qui consiste à croire qu'un enseignant a le pouvoir et le droit de former la conscience de ses élèves et qu'il est possible de produire une formation professionnelle apte à transformer l'enseignant ; cela signifie que, plus haut encore, au niveau de l'autorité publique, quelqu'un a l'autorité d'édicter le juste et l'injuste.

En réalité, l'éthique ne se diffuse pas par voie pyramidale : elle est plus ou moins présente dans les différents acteurs du système scolaire, parents compris. Faut-il choisir entre conservatisme et progressisme ? Y a-t-il une troisième voie ? La logique démocratique est résolument progressiste, mais elle ne peut s'appuyer sur des illusions. Nous devons trancher : l'école ne peut être réduite à une fonction de « reproduction sociale » avec toutes les inégalités que cela implique. Elle a une fonction progressiste qui consiste d'une part à garantir l'égalité d'accès et promouvoir la meilleure formation possible pour chacun, et d'autre part à former des citoyens.

Adapté de : http://www.globaleducation.ch/globaleducation_fr/resources/MA/Supp_Educ_bazar.pdf

La deuxième typologie d'école identifiée dans le texte :

- a) Favorise la « reproduction sociale »
- b) Forme, d'un point de vue éthique, la conscience des élèves
- c) Renforce les inégalités sociales
- d) Nie la possibilité qu'une autorité supérieure décide ce qui est juste et ce qui ne l'est pas

Quesito 8 Domanda D - La multiplication des éducations à la tolérance, au développement durable, aux droits humains, à la citoyenneté, pose la question de la légitimité d'une éducation à l'éthique. En effet, à quoi l'école peut-elle éduquer ? Nous avons ici deux conceptions extrêmes. D'un côté, une école apolitique, dispensatrice de savoirs acquis (instruction), laissant à la liberté individuelle et privée les choix éthiques et politiques : cette école

permet la « reproduction sociale », en adaptant les enfants et les adolescents à la société telle qu'elle est. De l'autre côté, une école apte à induire de nouveaux comportements éthiques (éducation) et capable de contribuer à une modification de la société.

La première approche oublie que l'école est un espace public, une « communauté scolaire », une petite société en elle-même qu'il faut bâtir en prenant des positions claires, éthiques, sur ce qui est permis, défendu et encouragé.

La seconde approche, au contraire, s'appuie sur l'illusion qui consiste à croire qu'un enseignant a le pouvoir et le droit de former la conscience de ses élèves et qu'il est possible de produire une formation professionnelle apte à transformer l'enseignant ; cela signifie que, plus haut encore, au niveau de l'autorité publique, quelqu'un a l'autorité d'édicter le juste et l'injuste.

En réalité, l'éthique ne se diffuse pas par voie pyramidale : elle est plus ou moins présente dans les différents acteurs du système scolaire, parents compris. Faut-il choisir entre conservatisme et progressisme ? Y a-t-il une troisième voie ? La logique démocratique est résolument progressiste, mais elle ne peut s'appuyer sur des illusions. Nous devons trancher : l'école ne peut être réduite à une fonction de « reproduction sociale » avec toutes les inégalités que cela implique. Elle a une fonction progressiste qui consiste d'une part à garantir l'égalité d'accès et promouvoir la meilleure formation possible pour chacun, et d'autre part à former des citoyens.

Adapté de : http://www.globaleducation.ch/globaleducation_fr/resources/MA/Supp_Educ_bazar.pdf

L'auteur affirme que :

- a) L'école doit être réduite à une fonction de « reproduction sociale »
- b) La seule véritable possibilité d'enseignement se base sur le progressisme, quoique illusoire
- c) Une troisième voie, visant principalement la formation des futurs citoyens, est possible
- d) La seule véritable possibilité d'enseignement se base sur le conservatisme

Quesito 8 Domanda E - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

La multiplication des éducations à la tolérance, au développement durable, aux droits humains, à la citoyenneté, pose la question de la légitimité d'une éducation à l'éthique. En effet, à quoi l'école peut-elle éduquer ? Nous avons ici deux conceptions extrêmes. D'un côté, une école apolitique, dispensatrice de savoirs acquis (instruction), laissant à la liberté individuelle et privée les choix éthiques et politiques : cette école permet la « reproduction sociale », en adaptant les enfants et les adolescents à la société telle qu'elle est. De l'autre côté, une école apte à induire de nouveaux comportements éthiques (éducation) et capable de contribuer à une modification de la société.

La première approche oublie que l'école est un espace public, une « communauté scolaire », une petite société en elle-même qu'il faut bâtir en prenant des positions claires, éthiques, sur ce qui est permis, défendu et encouragé.

La seconde approche, au contraire, s'appuie sur l'illusion qui consiste à croire qu'un enseignant a le pouvoir et le droit de former la conscience de ses élèves et qu'il est possible de produire une formation professionnelle apte à transformer l'enseignant ; cela signifie que, plus haut encore, au niveau de l'autorité publique, quelqu'un a l'autorité d'édicter le juste et l'injuste.

En réalité, l'éthique ne se diffuse pas par voie pyramidale : elle est plus ou moins présente dans les différents acteurs du système scolaire, parents compris. Faut-il choisir entre conservatisme et progressisme ? Y a-t-il une troisième voie ? La logique démocratique est résolument progressiste, mais elle ne peut s'appuyer sur des illusions. Nous devons trancher : l'école ne peut être réduite à une fonction de « reproduction sociale » avec toutes les inégalités que cela implique. Elle a une fonction progressiste qui consiste d'une part à garantir l'égalité d'accès et promouvoir la meilleure formation possible pour chacun, et d'autre part à former des citoyens.

Adapté de : http://www.globaleducation.ch/globaleducation_fr/resources/MA/Supp_Educ_bazar.pdf

Selon l'auteur, l'éthique se diffuse :

- a) À travers les principes personnels des enseignants
- b) À travers l'imposition de principes jugés comme justes par le système

- c) À travers l'entrée en société des individus diplômés
- d) À travers une large implication des différents acteurs du système scolaire et des familles